

## Sternstunde der Demokratie

Petra Erler

Der republikanische Senator Rand Paul wurde in einem Artikel der *Washington Post* vom 30. April 2018 als „seltener, nicht interventionistischer“ Republikaner beschrieben. Einer der „Falken“ im Kongress, Senator Graham, nannte ihn einen „Ausreißer“. Mitarbeiter des Weißen Hauses jammerten laut *Post*, wie viele „Kopfschmerzen und zusätzliche Arbeitsstunden“ ihnen dieser Mann beschere, auf den keiner (außer dem Präsidenten) auch „nur eine Unze Einfluss“ habe. Nun sind auch in den USA alle Abgeordneten allein auf die Verfassung vereidigt und ihren Wählern verpflichtet. Der Bericht der *Post* war allerdings nicht dazu gedacht, den Senator für seine Unabhängigkeit zu loben. Schließlich hatte Rand Paul Vorbehalte gegen Mike Pompeo als Außenminister (die er aufgab) und verhandelte mit Trump über die Beendigung des Krieges in Afghanistan. Er hätte, so die *Post*, Trump an seine Wahlkampfversprechen erinnert.

Eben jener Rand Paul hat nunmehr am 6. Juni für eine Sternstunde der Demokratie in den USA gesorgt, die medial allerdings völlig unter den Tisch fiel. Er organisierte eine Anhörung zur Frage, wem die Verfassung der USA die Ermächtigung zu Kriegshandlungen zuschreibt: dem Kongress oder dem Präsidenten? Moralische und Verfassungsargumente, so zitierte Rand Paul einleitend seinen Vater, spielten in Washington üblicherweise kaum eine Rolle. Eingeladen als Sachverständige waren drei angesehene Verfassungsjuristen: Andrew Napolitano, Jonathan Turley und Christopher Anders. Ihre Aussagen waren vernichtend, für Kongress und Präsident gleichermaßen. Nach der Verfassung der USA muss der Kongress die Entscheidung über einen kriegerischen Akt treffen. Allerdings habe sich der Kongress jahrzehntelang vor dieser schwierigsten aller Fragen weggeduckt und die Präsidenten haben, gleich welcher Couleur, dieses Recht an sich gezogen. Die letzte verfassungskonforme Kriegserklärung der USA wäre im Zweiten Weltkrieg erfolgt. Die verfassungsmäßige Rollenverteilung zwischen Kongress und Präsidenten hätten die Gründer der Vereinigten Staaten bewusst gewählt, weil jede Regierung „am meisten am Krieg interessiert und am anfälligsten dafür wäre“ (der spätere Präsident James Madison in einem Brief an Thomas Jefferson vom April 1789). Das sollte durch die gewählten Repräsentanten des Volkes im Zaum gehalten werden. Kein amerikanischer Präsident, so Napolitano, habe das Recht, ohne parlamentarische

Legitimation Kriegsakte anzuordnen. Tut er es dennoch, wird das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt und dem Kongress die Entscheidungsfindung entzogen.

Die Experten stimmten ebenfalls darin überein, dass die Anti-Terror-Mandate der Jahre 2001/2002 nicht verfassungskonform wären. Wenn ein Präsident, so Napolitano, weltweit „auf der Suche nach Monstern ist, die er schlachten kann“, weil er glaube, das wäre populär oder aus seiner Sicht moralisch und der Kongress wegschaut, dann wäre das im Ergebnis ein Treuebruch gegenüber der Verfassung und dem Eid, der auf die Verfassung geschworen werde. Die Sachverständigen warnten ebenfalls vor einem überparteilichen Entwurf vom April 2018 (Corker/Caine), der dem „Krieg gegen den Terror“ eine neue gesetzliche Grundlage geben soll. Damit würde der Krieg, so Turley, „auf Autopilot“ geschaltet und möglicherweise sogar in die USA hineingetragen (Anders). Sowohl Rand Paul als auch Bernie Sanders nannten erschreckende Zahlen: Mit 7 Ländern befinde sich die USA im Krieg, in 76 Ländern kämpfe sie gegen den Terror, ohne parlamentarische Legitimation. Bernie Sanders erinnerte daran, dass es sich nicht um eine akademische Frage handelt, sondern das amerikanische Volk und die gesamte Welt betroffen wären. Beispielhaft nannte er die Beziehungen zum Iran. Das heutige fundamentalistische, zutiefst antiamerikanische Regime im Iran sei ein Ergebnis des von den USA und Großbritannien verursachten Sturzes der dortigen demokratischen Regierung im Jahr 1953. Er erinnerte an den Vietnamkrieg, der sich auf eine Lüge der Regierung gründete und mehr als 50.000 US-Amerikanern und über einer Million Vietnamesen das Leben kostete. Er erinnerte an den Irakkrieg, der ebenfalls aufgrund einer Lüge der Regierung begonnen wurde und mit dem eine ganze Region destabilisiert wurde. Er verwies auch auf die fatale Geisteshaltung, die vom Präsidenten angewiesene Bombardements, etwa auf Syrien, als Ausdruck „präsidialen Verhaltens“ missdeutet.

Gage Skidmore (CC BY-SA 2.0)



Rand Paul schloss die Anhörung mit der Bemerkung, er vertrete als Abgeordneter eine Minderheitsansicht. Aber für den Fall, dass der Afghanistankrieg in 17 Jahren immer noch andauere, solle niemand behaupten, es habe keiner gewarnt. Schon Turley hatte darauf verwiesen, dass heute 16-jährige Amerikaner das Land nur im Kriegszustand kennen. Eine derartige Anhörung wäre in keinem autokratischen System denkbar. Ihr mediales Ausblenden allerdings zeigt, dass westliche Demokratien sich schwertun mit Einschätzungen abseits des Mainstreams. Der eingangs erwähnte *Post*-Artikel ist bezeichnend dafür, dass sich Autoren, ob bewusst oder intuitiv, die Sichtweise von Regierungen und ihren Verwaltungen zu eigen machen, die den besagten abtrünnigen Volksvertreter als lästig empfinden. Exakt davor aber hatte James Madison gewarnt. „Krieg“, so schrieb er 1793 in einer Debatte mit Alexander Hamilton, „ist die wahre Krankheit exekutiver Überhöhung.“ Im Krieg könne sich die Exekutive öffentlicher Gelder bedienen, Ämter und Ehren einheimsen. Madison schloss seine Gedanken wie folgt ab: „Die stärksten Leidenschaften und die gefährlichsten Schwächen, die dem Menschen innewohnen; Ambition, Habgier, Eitelkeit, die ehrenvolle oder vergiftete Liebe zum Ruhm befinden sich in einer Verschwörung gegen den Wunsch und die Pflicht zum Frieden.“ Die von Rand Paul angestoßene Debatte verdient nicht nur größte Aufmerksamkeit in den USA. Sie zwingt auch uns zu einer kritischen Sicht. Schließlich applaudieren europäische Regierungen und einflussreiche Meinungsmacher auch bei uns, wenn amerikanische Präsidenten ohne parlamentarisches Mandat Kriegshandlungen anordnen. Wir sind seit 17 Jahren am Afghanistankrieg beteiligt. Die EU ist in Gestalt von Flüchtlingsströmen mit den Folgen des Krieges in Afghanistan und im Nahen Osten direkt konfrontiert. Im Jemen entwickelt sich die größte humanitäre Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg. Im US-Drohnenkrieg sterben Menschen. Niemand kann heute sagen, er habe all das nicht gewusst. Die Bestimmung der UN-Charta, wonach nur noch der Sicherheitsrat den Einsatz militärischer Gewalt anordnen darf, spielte in der Anhörung keine Rolle. 🌐



**Dr. Petra Erler**

Politikwissenschaftlerin, 2006–2010 Chefin des Kabinetts des EU-Kommissars Günter Verheugen, seit 2010 Geschäftsführerin von The European Experience, Potsdam

[pe@european-experience.de](mailto:pe@european-experience.de)